

*Angelika Rettberg ist zurzeit deutsche Gastprofessorin für Politische Wissenschaften an der Universidad Los Andes in Bogotá. Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Aufbau von Zivilgesellschaft nach der Beendigung bewaffneter Konflikte. EL ESPECTADOR veröffentlichte online am 23.1.2013 einen Artikel, der Rettbergs persönliche Meinung wiedergibt:*

### **Frieden und Partizipation**

Es war im Mai 1999, drei Jahre nachdem man in Guatemala das "Abkommen für einen festen und dauerhaften Frieden" unterzeichnet hatte. Es war das letzte Abkommen einer Serie von Vereinbarungen, die unter breiter Beteiligung verschiedenster Sektoren der Gesellschaft geschlossen worden waren. Eine Volksabstimmung fand statt, aber es siegte nicht nur das "Nein", sondern es triumphierte auch die Stimmenthaltung bei rd. 20% Beteiligung der Wahlberechtigten.

Hatten sich nun die Guatemalteken geirrt, als sie das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen zum Gegenstand einer Volksabstimmung machten? Haben sie damit den Vereinbarungen die Legitimität entzogen anstatt diese zu stärken? Was wurde mit dem Stimmergebnis gewonnen und was wurde verloren? Welches ist das ideale Verhältnis zwischen Bürgerbeteiligung und Friedensverhandlungen?

Diese Fragen sind relevant in Bezug auf den Verhandlungsprozess zwischen FARC und kolumbianischer Regierung. Die FARC hat die Notwendigkeit betont, dass "das Volk", wie sie es abstrakt nennt, an den Verhandlungen und der Konstruktion von Vereinbarungen beteiligt werden soll und hat die Möglichkeit einer verfassunggebenden Versammlung angedeutet. Die Regierung, obgleich sie diese Möglichkeit ablehnte, hat mehreren Formen von Beteiligungsmechanismen ihre Zustimmung gegeben, z.B. der Bildung regionalen Runder Tische, organisiert vom Parlament, oder der Einstellung von Internetforen, über die die Bürger ihre Vorschläge zu den Punkten der Verhandlungsagenda einbringen könnten oder das im Dezember 2012 durchgeführte Agrarforum, organisiert von der Universidad Nacional und der UNO. Aus dem Forum kamen, wie die Organisatoren mitteilten, "546 Vorschläge, eingebracht von 1314 Bürgern aus 522 Organisationen in den 32 Departements des Landes".

Wann und wie sollte die Gesellschaft teilnehmen an einem Verhandlungstisch? Wie vermeidet man, dass die 546 Vorschläge zu reinen Absichtserklärungen umgewandelt werden, wie auch die Vorschläge via Internet und von den regionalen Runden Tischen? Wer wird die Vorschläge systematisch zuordnen und unter welchen Kriterien, um sicherzustellen, dass sie am Verhandlungstisch beachtet werden? Wie kann ebenfalls die falsche Hoffnung vermieden werden, dass alle (Das Volk?) an Vereinbarungen beteiligt sein könnten, die im Wesentlichen das Ziel haben sollen, das eine bewaffnete Organisation mit politischer Agenda ihre Interessen auf zivilem Wege verhandelt und schließlich ihre Waffen niederlegt? Wenn die Bevölkerung Kolumbiens heute etwa 45 Millionen Menschen umfasst, wie sichert man dann, dass alle diese Bürger und nicht lediglich diejenigen, die das Glück hatten, an Foren und regionalen Runden Tischen teilzunehmen, sich an diesen Tischen vertreten fühlen? Und schließlich: Wie vermeidet man, dass die verschiedenen Fraktionen aller möglichen politischen Richtungen den schwer einschätzbaren und höchst heterogenen Volkswillen manipulieren oder für sich nutzen? Die Beteiligung der Gesellschaft an den Friedensverhandlungen ist wichtig. Aber, so zeigte es der Fall Guatemala, sie ist weder ein Allheilmittel noch die wichtigste Voraussetzung für ihren Erfolg. Um sie effektiv werden zu lassen, müssen wir uns klar darüber sein, was wir von der Partizipation erhoffen können und welches die Mechanismen sind, die eingesetzt werden müssen, damit sie nicht zur Täuschung wird oder unnötigen Einschränkungen unterliegt.